



## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

SPD-Fraktion Altenbeken; Cheruskerstr. 36; 33184 Altenbeken

Altenbeken, den 20.02.2025

### **Rede zum Haushaltsentwurf 2025 der Gemeinde Altenbeken**

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möllers, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren von der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Heute soll der Haushalt 2025 verabschiedet werden und die einzelnen Fraktionen nehmen in ihren Haushaltsreden partiell Stellung dazu, aber in Wahrheit sprechen wir über weit mehr, und zwar über die Zukunft unserer Gemeinde und die Lebensqualität ihrer Menschen. Jede Entscheidung, die wir heute mit dem Haushalt 2025 treffen, hat direkte Auswirkungen auf die Einwohner unserer drei Orte. Sei es beispielsweise die Schulausstattung, die öffentliche Verkehrsanbindung, der bezahlbare Wohnraum, der Klima- und Umweltschutz, die Digitalisierung oder die Gewerbeansiedlung. Da stellt sich unweigerlich die Frage, was tut die Gemeinde Altenbeken, was tun wir, um den Problemen und Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger zu begegnen? Bevor ich mich dieser Frage zuwende, möchte ich zunächst auf aktuelle Rahmenbedingungen eingehen.

#### **Wir stehen vor sehr herausfordernden Zeiten!**

Finanziell steht den Kommunen das Wasser bis zum Hals. Die gestiegenen Kosten in den Bereichen Energie, Kindertagesstätten, OGS-Rechtsanspruch, Flüchtlingsunterbringung und Personal stellen die Kommunen vor nahezu unlösbare Aufgaben. Darüber hinaus darf auch nicht vergessen werden, dass uns die Inflationswelle erwischt hat und alles sehr viel teurer geworden ist. Das betrifft nicht nur die Kommune selbst, sondern auch alle Bürger:innen der Gemeinde. Sie sind es, die neben der Inflation auch die eben aufgeführten Kosten tragen werden. Wir haben es begrüßt, dass vor der Haushaltseinbringung bereits eine Haushaltssperre ausgerufen wurde und jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit hin überprüft wird. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahme alle Ausgaben betrifft, auch die, die dem Geschäft der laufenden Verwaltung unterliegen.

Allerdings dürfen wir trotz der gewaltigen Herausforderungen eines nicht tun: den Kopf in den Sand stecken und resignieren. Die Menschen erwarten von uns Lösungen. Sie erwarten, trotz aller finanziellen Engpässe, eine Gemeinde, die etwas bewegt. Daher ist es enorm wichtig, dass wir gemeinsam mit anderen Kommunen, dem Kreis und dem Städtetag laut werden und mit einer starken Stimme gegenüber dem Bund und dem Land auftreten, um aufzuzeigen, dass wir dringend eine neue verbesserte Finanzierungsstruktur der Kommunen benötigen.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

**Dazu gehören folgende Forderungen:**

### **1) Stärkere Einforderung des in der NRW-Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips**

Wer bestellt bezahlt! Ein einfacher Satz, der sicherstellen soll, dass keine kostenintensiven Ausgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden, ohne dass die Kommunen für die Mehrbelastung einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Wir wissen alle, dass das leider nicht der Fall ist, beispielhaft nenne ich nur die Kinder- und Jugendhilfe oder Integrationsmaßnahmen. Hier brauchen wir eine dauerhafte und spürbare Verbesserung. Wir fordern die Landtagsmitglieder unserer Region eindringlich auf, eindeutig Position gegenüber dem Land zu beziehen und auf eine Einhaltung der Regeln zu drängen. Und selbstverständlich sollten sich auch alle Bundestagsabgeordnete für das Konnexitätsprinzip einsetzen. Eines sollte uns allen klar sein, eine nicht funktionierende Politik wirkt sich negativ auf die Zufriedenheit aller aus und kann am Ende auch Auswirkungen auf die Demokratie haben.

### **2) Weniger Förderprogramme, stattdessen dauerhafte Finanzausstattung der Kommunen**

Politische Förderprogramme spielen eine wichtige Rolle, um bestimmte Ziele zu erreichen, die eine Regierung auf ihrer politischen Agenda hat. Das soll auch so bleiben. Allerdings sollte die Finanzierung von kommunalen Aufgaben nicht nach dem Prinzip erfolgen „mal sehen, ob es dafür eine Förderung gibt“. Wir brauchen eine dauerhaft stärkere und verlässlich planbare Ausfinanzierung der Kommunen. Vorwiegend in den Bereichen, in denen wir keinen Einfluss haben, wie dem Pflichtteil unseres Haushaltes:

- Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen
- Aufwendungen für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen
- Rechtsanspruch auf offene Ganztagsbetreuung an unseren Schulen

Es ist zwar verlockend, Fördergelder mitzunehmen, aber manchmal ist es besser, auf Förderungen zu verzichten, da die Inanspruchnahme im Regelfall einen kommunalen Eigenanteil bedeutet. Viel besser wäre es, wenn alle Pflichtaufgaben vollumfänglich finanziert sind. Die Kommune kann dann noch immer entscheiden, welche zusätzlichen Investitionen umgesetzt werden sollen.

Die finanzielle Lage vieler Kommunen verschlechtert sich zunehmend und zu denen gehört leider auch die der Gemeinde Altenbeken. Es dürfte allen Beteiligten klar sein, dass dringend gehandelt werden muss, um die Verschuldungsspirale aufzuhalten. Dies betrifft zum einen die Kommunen selbst, aber in erster Linie sind der Landschaftsverband und der Kreis angehalten, ihre Ausgaben stärker auf Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und vor allem auf Notwendigkeit zu prüfen. Eine stetige und unverhältnismäßige Steigerung der Umlagen, die die Kommunen tragen müssen, ist nicht zielgerichtet. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Ebenen gemeinsam daran arbeiten, die finanzielle Belastung zu mindern und Gelder für notwendige Zukunftsinvestitionen freizusetzen. Ein rigoroses Sparen bei Instandhaltungs- und Zukunftsinvestitionen würde alles noch schlimmer machen, da es später eindeutig teurer wird - damit helfen wir den nachfolgenden Generationen also definitiv nicht.

## **SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken**

**Einiges haben wir in Altenbeken in den letzten Jahren bereits hinsichtlich Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in die Wege geleitet. Positiv möchte ich hier folgende Punkte herausstellen:**

### **Energieeffizienz:**

Eines der zentralen Projekte, das in den letzten Jahren umgesetzt wurde, ist die Verbesserung der Energieeffizienz gemeindeeigener Gebäude. Durch gezielte Investitionen in moderne Heizsysteme, verbesserte Dämmungen und dem Einsatz von regenerativen Energien konnten nicht nur die Betriebskosten erheblich gesenkt werden, sondern es konnte auch ein signifikanter Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

### **Friedhofssatzung / Friedhofsplanung**

Wir haben eine Anpassung der Friedhofs-Gebühren beschlossen. Eine notwendige Maßnahme, um die gestiegenen Betriebs- und Instandhaltungskosten des Friedhofs abzudecken. Dies beinhaltet die Kosten für Bestattungen, die Grabpflege und die Nutzung von Friedhofseinrichtungen. Des Weiteren wurde die Friedhofsgestaltung bzgl. der Bestattungsform in Augenschein genommen, um sie an den Wünschen der Bürger:innen auszurichten.

### **Gebührensatzung Flüchtlings- und Übergangsheime**

Unsere Gebührensatzung für die Flüchtlings- / Übergangsheime wurde aktualisiert. Damit wurde den gestiegenen Betriebs- und Instandhaltungskosten Rechnung getragen und führt jetzt zu einer höheren Kostenbeteiligung der Bewohner bzw. des Jobcenters bei Unterstützungsanspruch.

**Bei einigen wichtigen Projekten, die ein positives Licht auf Altenbeken hätten werfen können, hat die Mehrheitsfraktion in den letzten Jahren leider auf der Bremse gestanden:**

### **Klimaschutz-Förderung durch Balkonkraftwerke**

Die Förderung von Balkonkraftwerken wurde seitens der SPD 2024 beantragt, um auch Mietern die Möglichkeit zu bieten, ihren eigenen Strom zu erzeugen. Trotz der immer deutlicher werdenden Notwendigkeit, erneuerbare Energien zu nutzen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, wurde der Antrag auf Förderung von Balkonkraftwerken abgelehnt. Die Notwendigkeit wurde offensichtlich nicht erkannt und der beantragte Haushaltsansatz von 5.000 € als unnötig erachtet. Aber gerade in Zeiten steigender Energiepreise und einer wachsenden Sensibilisierung für den Klimaschutz sollten solche Maßnahmen gefördert und nicht behindert werden. Andere Kommunen im Kreis Paderborn haben das Thema ebenfalls aufgegriffen und berichten stolz von einer Erfolgsgeschichte.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

### ÖPNV:

Ein anderer Punkt, den wir als kritisch betrachten, ist die zurückhaltende Haltung der CDU, den ÖPNV weiter auszubauen. Gerade in ländlichen Gebieten wie Altenbeken ist ein gut ausgebauter ÖPNV essenziell, um die Mobilität der Bürger:innen zu gewährleisten und gleichzeitig den Individualverkehr zu reduzieren. Es ist dringend notwendig, hier umgehend Investitionen zu tätigen, um eine nachhaltige und sozial gerechte Verkehrsstruktur zu schaffen. Darüber hinaus müssen zwingend die Grenzen im öffentlichen Nahverkehr aufgehoben werden. Hier steht der Kreis Paderborn mit der Stadt Paderborn wohl eher in einem konfliktbehafteten Diskurs, da beide Seiten inhaltlich unterschiedliche Sichtweisen haben. Allen Beteiligten möchten wir an dieser Stelle zurufen, bitte finden sie zeitnah Kompromisse, die mit den Interessen der Kunden und Kommunen vereinbar sind.

### Nationalpark und Tourismus:

Die Möglichkeit eine Nationalparkregion zu werden, wurde u. a. durch „Fakenews“ torpediert. Als Beispiel möchte ich auf ein CDU-Plakat verweisen, wonach Steuergelder statt für einen Nationalpark besser in Schulen und Kitas eingesetzt werden sollen. Da wird die Bevölkerung wohl absichtlich in die Irre geführt, denn auch die CDU weiß, dass diese finanziellen Mittel haushaltstechnisch nicht artenfremd verwendet werden können – auch wenn das manchmal wünschenswert wäre. Ist das eine faire Politik oder eher eine Klientelpolitik, oder noch schlimmer reiner Populismus? Als i-Tüpfelchen bringt der Landrat dann noch eine von ihm neu geschaffene Form „Naturpark Plus“ in die Diskussion ein. Da stellen sich folgende Fragen: Was ist das? Wer soll das bezahlen? „Naturpark Plus“ ist kein Siegel und auch kein NRW-Projekt und würde im Gegensatz zum Nationalpark nicht vom Land finanziert. Wer trägt also die Zeche – vermutlich die Kommunen über die Umlagen und somit wieder der einzelne Bürger. Festzuhalten bleibt: Wieder einmal hat die CDU etwas Neues, Fortschrittliches verhindert. Ein Nationalpark hätte einen starken Beitrag zur Markenbildung und Imagepflege unserer Region geleistet und das Ansehen und die Attraktivität unserer Heimat enorm gesteigert.

### **Kommen wir nun explizit zu bestimmten Punkten im diesjährigen Haushaltsentwurf**

#### **1) Vorschlag der Bürgermeister aus dem Kreis PB - Erhöhung der Kindergartenbeiträge**

Aus einem Brief der Bürgermeister an den Landrat ist zu entnehmen, dass eine Erhöhung der Kindergartenbeiträge vorgeschlagen wurde. Die SPD-Kreistags-Fraktion hat diesen Vorschlag direkt abgelehnt – gut so! Es ist schon etwas unverschämt, durch Erhöhung der Kita-Gebühren Familien zusätzlich zu belasten, die ohnehin schon mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben. Anstatt Familien zu unterstützen und ihnen den Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung zu erleichtern, wäre ihnen eine zusätzliche finanzielle Bürde auferlegt worden. Wir als SPD werden solche Vorschläge niemals mittragen, sondern treten weiterhin für eine kostenlose Kita ein.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

### 2) **Nettoneuverschuldung Investitionskredite**

Die Nettoneuverschuldung erhöht sich dieses Jahr auf 5,36 Mio. €, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3.447 € bedeutet. In den letzten 5 Jahren hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung somit nahezu verdoppelt und erreicht alarmierende Werte. Investitionen sind sicherlich nicht grundsätzlich schlecht. Dennoch sollte die Notwendigkeit einer Investition stets hinterfragt werden, um die finanzielle Stabilität der Gemeinde nicht zu gefährden. Eine Steigerung der Investitionskredite von 22,2 Mio. € (2023) auf 32,2 Mio. € (2025) sowie eine Verdoppelung der Kredite zur Liquiditätssicherung im gleichen Zeitraum ist für eine Gemeinde wie Altenbeken alles andere als gesund. Empfehlung unsererseits: Nicht jedes Förderprogramm muss gleich aufgegriffen werden, denn auch geförderte Projekte erfordern fast immer einen finanziellen Eigenanteil.

### 3) **Reduzierung der allgemeinen Rücklage**

Für das HH-Jahr 2025 plant der Bürgermeister ein negatives Jahresergebnis von ca. 2 Mio. €. Mit einem durch die Landesregierung NRW gesetzlich legitimierten Bilanzierungstrick kann das negative Jahresergebnis bilanziell auf ca. 1,5 Mio. € gedrückt werden. Dieser Bilanzierungstrick verschleiert eindeutig das kommunale Finanzdilemma, denn selbstverständlich muss die Gemeinde für die 2 Mio. € aufkommen. Schaut man sich die Planungen für die HH-Jahre 2026 - 2028 an, erkennt man, dass die Haushaltssicherung in den nächsten Jahren ohne solche Bilanzierungstricks immer wahrscheinlicher wird. Der Verzehr des Eigenkapitals um 7,92% ist erschreckend und ein klares Zeichen dafür, dass uns die finanzielle Lage der Gemeinde immer größere Sorgen bereitet. Ein solch starker Rückgang des Eigenkapitals bedeutet nicht nur eine Schwächung der finanziellen Stabilität, sondern auch, dass weniger Mittel für zukünftige Investitionen zur Verfügung stehen. Wir brauchen Lösungen, die weit über immer neue Bilanzierungstricks hinausgehen und das Übel an der Wurzel packen.

### 4) **Grundsteuerreform**

Die neue Grundsteuerreform gibt den Kommunen die Möglichkeit, bei der Grundsteuer B unterschiedliche Hebesätze für Wohn- und Gewerbegrundstücke anzuwenden. Die SPD sprach sich im Hauptausschuss und im Rat als einzige Fraktion für eine differenzierte Grundsteuer B aus. Die undifferenzierte Grundsteuer B stellt u. E. eine weitere finanzielle Bürde für private Hausbesitzer und Mieter dar, während Besitzer von Gewerbeimmobilien im Vergleich dazu weniger stark zur Kasse gebeten werden – das ist im höchsten Maße ungerecht. Wir fordern eine gerechte Verteilung der Grundsteuerlast. Auch wenn die CDU mit Gutachten argumentiert, die eine differenzierte Grundsteuerberechnung als nicht rechtssicher bewerten, untermauert ein vom Land NRW beauftragtes Gutachten unsere Auffassung.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

### **Kommen wir nun zu unseren Anträgen:**

Da die Haushaltslage der Gemeinde sehr angespannt ist, werden wir in diesem Jahr gänzlich auf kostenintensive Anträge verzichten und haben konkret zwei Anträge zur Kostenreduzierung gestellt.

Folgende Anträge zur Kosteneinsparung haben wir eingereicht:

#### **1) Planung Mountainbike-Strecke / IV21.0049**

Die Planungskosten einer Mountainbike-Strecke mit einem Investitionsansatz von 5.000 Euro ist vollständig aus dem Haushalt zu streichen. Diese Investition ist angesichts der Dringlichkeit anderer Projekte und der sehr angespannten Haushaltslage weder zielgerichtet noch notwendig und dient keineswegs als Zukunftsinvestition.

#### **2) Feuerwehrgerätehaus Buke / IV22.0008**

Im Investitionsplan ist für das Jahr 2026 eine Summe von 2 Mio. € für das Feuerwehrgerätehaus in Buke aufgeführt. Eine Machbarkeitsstudie, die uns in der letzten Woche vorgestellt wurde, prognostiziert aber mittlerweile eine Bausumme von 3,2 Mio. €. Die SPD fordert deshalb die Prüfung einer modularen Bauweise, da sie einige Vorteile gegenüber der konventionellen Bauweise bietet:

- **Kosteneffizienz:** Erhebliche Einsparung an Baukosten durch vorgefertigte Module
- **Zeiteinsparung:** Verkürzte Bauzeit durch die schnelle Montage vorgefertigter Module
- **Flexibilität:** Individuelle Ausführung der Module an spezifische Bedürfnisse der Feuerwehr
- **Anpassungsfähigkeit:** Bei Bedarf sind die Gebäude schnell zu erweitern oder umzubauen
- **Nachhaltigkeit:** Nachhaltige Bauweise durch optimierten Ressourcenverbrauch
- **Preisgarantie:** Festpreisvereinbarung durch Auswahl eines Generalunternehmers

### **Eine kurze Stellungnahme zu einem Antrag der CDU und B90/Die Grünen**

#### **Stellenerhöhung des Schulsozialarbeiters auf eine volle Stelle**

Der von CDU und B90/Die Grünen eingebrachte Antrag auf Prüfung der Stellenerhöhung des Schulsozialarbeiters ist allgemein zu begrüßen. Die Stellenerhöhung des Schulsozialarbeiters auf eine volle Stelle wie auch den damit verbunden Mehraufwand in Höhe von 35.000 Euro tragen wir deshalb in der vorgelegten Fassung mit. Da der Mehraufwand und die damit verbundene Stellenplanerhöhung in dem diesjährigen Haushalt nebst Stellenplan aufgenommen werden soll, beantragen wir für beides einen Sperrvermerk. Der Sperrvermerk kann durch den Gemeinderat aufgehoben werden, sobald die Beratung in den Gremien erfolgt ist und dem Gemeinderat eine positive Beschlussempfehlung vom Gremium vorliegt.



## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

Ich möchte zum Ende meiner Ausführungen kommen und zum Anfang meiner Rede zurückkehren.

### **Der Frage:**

Was tun wir also, um den Problemen und Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger zu begegnen?

Wir wollen unsere Gemeinde weiterentwickeln – voranbringen und haben einen klaren Kurs:

### **Zukunft gestalten, nicht nur verwalten!**

Nachfolgende Punkte haben aus unserer Sicht Priorität:

- Ausreichend bezahlbarer Wohnraum
- Geringe Steuer- und Abgabenlast
- Gewerbe fördern, um neue und sichere Arbeitsplätze in der Gemeinde zu schaffen
- ÖPNV stärken und ausbauen
- Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Geschäfte, Arztpraxen erhalten
- Klima-/Umweltschutz, um Schäden durch Hochwasser und andere Naturgewalten zu verringern
- Haushalt mittelfristig wieder ausgleichen und dazu alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen

Vereinfacht gesagt, wir müssen alles tun, um unsere lebens- u. liebenswerte Gemeinde zu erhalten.

-----  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möllers, sehr geehrte Damen und Herren!

In den vergangenen Wochen hat die SPD-Fraktion den Haushaltsentwurf für 2025 beraten. Unsere intensiven Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass neben dem allgemeinen Zahlenwerk insbesondere die Themen Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Zukunftsvisionen im Vordergrund stehen. Auch wenn wir in Anbetracht dieser Themen eher große Bedenken in Bezug auf diesen Haushalt verspüren, werden wir dem diesjährigen Haushalt zustimmen. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass alle Ausgaben mehrfach auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu gehört auch, dass freiwerdende Stellen nicht automatisch wieder besetzt werden, sondern die Notwendigkeit jeder Neubesetzung hinterfragt wird.

Bei der Kommunalwahl in diesem Jahr liegt eine besondere Herausforderung vor uns. Darum appellieren wir an alle Beteiligten: lassen Sie uns **gemeinsam als Demokraten** das Beste für unsere Gemeinde und unsere Bürgerinnen und Bürger erarbeiten.

In diesem Sinne

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ulrich Meyer

*Fraktionsvorsitzender der SPD im  
Rat der Gemeinde Altenbeken*